

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Europäische Union hat Arbeiten an einem nunmehr zehnten Sanktionspaket gegen Russland begonnen. Nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen damit Schlupflöcher bei bereits bestehenden Maßnahmen geschlossen und Sanktionsumgehungen unterbunden werden. Spekuliert wird zudem über neue SWIFT-Sanktionen gegen russische Banken sowie die Einbeziehung des russischen Atomsektors. Die neuen Sanktionen könnten bis zum 24. Februar beschlossen werden. An dem Tag jährt sich der Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine zum ersten Mal.

Bereits ab dem 5. Februar tritt der beschlossene Preisdeckel für russische Ölprodukte in Kraft. Ob er ähnlich preisdämpfend wirkt, wie der seit Dezember gültige Preisdeckel auf Rohöl, oder ob er umgekehrt eher die Inflation antreibt und zu neuen Engpässen führt, wird sich in Kürze zeigen.

Neben den genannten Themen informieren wir im neuen Update unter anderem auch über eine Studie der Universität St. Gallen zum Verbleib ausländischer Investoren in Russland, über den Rückzug von Wintershall Dea aus Russland und neue Maßnahmen des Kreml, die den Rückzug ausländischer Unternehmen erschweren sollen. Dazu zählt auch ein neues Dekret, das russischen Unternehmen bis Ende 2023 erlaubt, die Stimmrechte ausländischer Miteigentümer zu ignorieren. Hier die Rubriken in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)



1. Ost-Ausschuss

Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland verläuft schleppend – deutsche Unternehmen weiterhin am stärksten im Land vertreten

Forscher der Universität St. Gallen haben eine Analyse zum **Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland** erstellt. Stand Ende November hätten erst weniger als neun Prozent der Unternehmen mit Sitz in der EU oder den G7-Staaten den Rückzug aus dem Land vollständig abgeschlossen:

[Less than Nine Percent of Western Firms Have Divested from Russia by Simon Evenett, Niccolò Pisani :: SSRN](#)

Die Studie wurde von verschiedenen Medien aufgegriffen. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung gab Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms dazu die folgende Einschätzung ab:

„Die Liste der ausländischen Unternehmen, die Russland verlassen wollen, wird täglich länger. Die russische Regierung tut allerdings alles, um diesen Prozess zu behindern und hat die Bedingungen immer weiter verschärft. Investoren brauchen eine behördliche Genehmigung, teils sogar vom Präsidenten persönlich. Zudem ist es gesetzlich geregelt, dass Unternehmen mindestens 50 Prozent unter Marktwert verkaufen müssen. Davon profitieren dann ausgerechnet russische Käufer. Zudem verdient der russische Staat an diesem Prozess inzwischen über Zwangsabgaben direkt mit. Deshalb ist es kein Wunder, dass zwar eine deutliche Mehrheit der westlichen Investoren ihr Geschäft heruntergefahren hat, aber erst ein Bruchteil der ausländischen Unternehmen den Markt vollständig verlassen hat.“

Auch das Manager-Magazin und n-tv thematisierten die Studie aus St. Gallen zum Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland. Insgesamt, so die Zählung der Professoren, seien 1284 der EU- oder G7-Firmen noch immer aktiv in Russland. Von den 120 Unternehmen, die den Markt endgültig verlassen hat, habe die Mehrheit - ein Viertel - ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten. 12,5 Prozent kämen aus Finnland und 10,8 Prozent aus dem Vereinigten Königreich. Deutschland liege mit 11,7 Prozent an vierter Stelle. Anders verhält es sich bei den Unternehmen, die noch in Russland tätig sind. Laut der Studie haben 19,5 Prozent der 1284 noch in Russland aktiven Unternehmen ihren Sitz in der Bundesrepublik (250 Unternehmen). 12,4 Prozent der noch in Russland ansässigen Unternehmen kommen aus den USA. In Russland verblieben seien vor allem Firmen aus den Bereichen Landwirtschaft und Rohstoffabbau, während sich Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor eher zurückgezogen haben.

Für die Unternehmen, die noch in Russland aktiv sind, gibt es vielfältige Gründe dort zu bleiben, erläuterten Evenett und Pisani in der Studie. In einigen Fällen wollen Unternehmen beispielsweise nicht ihre russische Kundschaft im Stich lassen, die weder an der Entscheidung über den Einmarsch in die Ukraine noch selbst an dem Krieg beteiligt sind. In anderen Fällen möchten die Firmen vielleicht nicht auf langfristige Beziehungen zu ihren Mitarbeitern oder Lieferanten verzichten; oder sie beschließen, ihre Tätigkeit in Russland aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz ihrer Produkte und Dienstleistungen, etwa bei Medikamenten, nicht einzustellen.

Als einen weiteren möglichen Grund, dass sich bislang so wenige Firmen aus Russland verabschiedet haben, sehen die Autoren auch die Hürden beim Rückzug. Selbst wenn ein westliches Unternehmen beschlossen und sich öffentlich dazu verpflichtet hat, sich zurückzuziehen, kann es letztendlich scheitern. Einige finden beispielsweise keinen Käufer für die Tochtergesellschaft, der bereit ist, die geforderte Summe zu zahlen. Bei anderen wird der Verkauf durch Hindernisse seitens der russischen Regierung erschwert oder verzögert, indem sie den Transfer der Erlöse ins Ausland verhindert.

[Russland Studie von Hochschule St. Gallen und IMD: Nicht mal 9 Prozent der westlichen Firmen haben Russland verlassen - manager magazin \(manager-magazin.de\)](#)

[Nur neun Prozent verlassen Land: Russland hat westliche Unternehmen fest im Griff - n-tv.de](#)

Dialog mit Rechtsexperten zu Geschäftsaufgabe in Russland

Der russische Staat hat kein Interesse an einem Exodus westlicher Unternehmen aus dem Land infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine. Der Rückzug vom russischen Markt wird internationalen Unternehmen deshalb durch hohe Anforderungen und langwierige Genehmigungsverfahren erschwert. Diese sind Ende 2022 erneut verschärft worden. In unserer jüngsten Veranstaltung der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business“ informierten sich am 18. Januar rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer online bei Rechtsexperten von Kesarev Consulting und RSP International über die aktuelle Gesetzgebung in Russland. Zu den neuen Bedingungen gehört, dass ein Verkäufer seine Anteile in Russland nur 50 Prozent unter Marktpreisen veräußern darf. Kommt ein Geschäft zustande, gehen zudem zehn Prozent des Kaufpreises direkt an den russischen Staat. Stünde eine Einheit zum Verkauf, sei zudem unmittelbar mit einer scharfen Betriebsprüfung zu rechnen, die in der Regel zusätzliche finanzielle Belastungen nach sich ziehe, so die Erfahrungen der Experten. Die Chance, nennenswerte Liquidationserlöse zu erzielen, sei inzwischen gering. Hatten westliche Unternehmen in den ersten Monaten noch mit Rückkaufoptionen gearbeitet, so sei mit andauerndem Krieg ein Wandel eingetreten. Inzwischen ginge es eher darum, das Russlandgeschäft vollständig abzuwickeln.

Die beiden Powerpoint-Präsentationen der Experten zu den Themen „HOW TO PRESERVE THE ASSETS VALUE IN TIMES OF UNCERTAINTY IN RUSSIA? TRENDS, PROCEDURES AND RISKS“ und „AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN IN RUSSLAND: ÜBERBLICK ZU AKTUELLEN RECHTLICHEN UND STEUERLICHEN FRAGEN“ können Mitgliedsunternehmen über den Ost-Ausschuss erhalten. Die Reihe wird fortgesetzt.

Gute Integrationschancen: Umfrage des DIW unter 11.000 Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland

Bis Ende 2022 sind über eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat im Herbst 2022 mit

Partnern eine Umfrage unter 11.000 Geflüchteten zu ihrer Biographie und ihrer Lage in Deutschland durchgeführt. Die Ergebnisse stellte das DIW am 18. Januar in einem Vortrag dem Ost-Ausschuss und weiteren Verbänden vor. Hier die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Der ungewisse Kriegsverlauf und die rechtlichen Rahmenbedingungen prägen die Lebensbedingungen und Bleibeabsichten von geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland: 37 % der Geflüchteten möchten für immer oder mehrere Jahre in Deutschland bleiben, 34 % bis Kriegsende, 27 % sind noch unentschieden und 2 % planen, Deutschland innerhalb eines Jahres wieder zu verlassen.

Die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Geflüchteten sind Frauen (80 %). Viele von ihnen sind ohne Partner (77 %) nach Deutschland gekommen, 48 % mit minderjährigen Kindern. 12 % der Frauen sind mit Partner und minderjährigen Kindern nach Deutschland geflüchtet. Von den Männern leben 71 % mit ihrer Partnerin in Deutschland.

Verglichen mit der Gesamtbevölkerung ihres Herkunftslandes haben die Geflüchteten ein hohes Bildungsniveau.

Nur wenige Geflüchtete haben zum Befragungszeitpunkt gute Deutschkenntnisse (4 %). Die Hälfte der Befragten besucht bereits einen Deutschkurs.

74 % der Befragten wohnen in einer privaten Unterkunft, nur 9 % in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Die Geflüchteten bewerten ihren Gesundheitszustand überwiegend als gut, ihre Lebenszufriedenheit ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung aber deutlich geringer. Auch das psychische Wohlbefinden geflüchteter Kinder fällt im Vergleich zu anderen in Deutschland lebenden Kindern niedrig aus.

17 % der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter sind zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig. 71 % der erwerbstätigen Geflüchteten üben eine Tätigkeit aus, die einen Berufs- oder Hochschulabschluss voraussetzt.

Die Geflüchteten äußern Unterstützungsbedarf insbesondere beim Erlernen der deutschen Sprache, bei der Arbeitssuche, bei der medizinischen Versorgung und bei der Wohnungssuche.

Weitere Informationen zur Untersuchung:

[DIW Berlin: Ukrainische Geflüchtete bringen gute Voraussetzungen für die Teilhabe in Deutschland mit](#)

70 Jahre in 70 Bildern - Ost-Ausschuss-Bildband zum Download

Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck haben ihn schon: Anlässlich des 70. Geburtstags des Ost-Ausschuss ist im Dezember 2022 ein Bildband mit 70 Bildern und Geschichten aus 70 Jahren erschienen, den die Gäste der

Geburtstagsveranstaltung am 12. Dezember als Erinnerung erhielten (hier der Bericht: [„Eine gute Zeit für neuen Pioniergeist“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.](#))
Der Bildband kann beim Ost-Ausschuss bestellt werden und ist zudem auch als kostenloser Download verfügbar:

[70 Jahre Ost-Ausschuss in 70 Bildern | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 einen Service Desk Ukraine eingerichtet. Dieser setzt mit Unterstützung von Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses auch 2023 seine Arbeit fort. Die Koordination läuft über Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Infos dazu stehen im neuen Ost-Ausschuss Update Recovery Ukraine:

[03_UpdateRecoveryUkraine_3-Last.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

2. Deutschland

Wintershall Dea verlässt Russland

Der Aufsichtsrat der Wintershall Dea hat der Grundsatzentscheidung des Vorstandes zugestimmt, Russland zu verlassen. Das Unternehmen beabsichtigt, sich vollständig aus Russland in geordneter Weise und unter Einhaltung aller anwendbaren Gesetze und Bestimmungen zurückzuziehen, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens.

CEO Mario Mehren: „Wintershall Dea wird ihre Aktivitäten in Russland beenden. Eine Fortführung unseres Geschäftes in Russland ist nicht tragbar. Russlands Angriffskrieg ist nicht vereinbar mit unseren Werten. Er hat die Zusammenarbeit zwischen Russland und Europa zerstört. In den vergangenen Monaten hat die russische Regierung die Tätigkeit westlicher Unternehmen im Land eingeschränkt. Zusätzlich haben externe Eingriffe in die Aktivitäten unserer Joint Ventures dazu geführt, dass Wintershall Dea nicht wie bisher in Russland tätig sein kann. Die Joint Ventures wurden de facto wirtschaftlich enteignet.“ Die Umsetzung dieses Beschlusses erfolge unter Einhaltung aller geltenden rechtlichen Verpflichtungen.

Für Wintershall Dea seien die internationalen Kriterien für eine Kontrolle oder einen maßgeblichen Einfluss auf ihre russischen Joint Ventures nichtmehr erfüllt. Daher habe Wintershall Dea im 4. Quartal alle russischen Beteiligungen entkonsolidiert. Der Zeitwert der russischen Joint Ventures werde in erheblichem Maße durch externe Eingriffe in die Geschäftsmodelle beeinflusst, unter anderem durch die Anwendung des Präsidialen Dekrets Nr. 943 vom 22. Dezember 2022 sowie des Beschlusses der russischen Regierung Nr. 2544 vom 30. Dezember 2022. Diese reduzierten rückwirkend die Preise, zu denen die Joint Ventures die produzierten Kohlenwasserstoffe an Gazprom verkaufen können. In der Folge werde das Unternehmen voraussichtlich einen einmaligen, nicht zahlungswirksamen Aufwand aus der Entkonsolidierung der russischen Joint Ventures vornehmen, der sich zusammen mit den weiteren russlandbezogenen Wertminderungen insbesondere auf die Beteiligung an der Nord Stream AG und der WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG auf insgesamt etwa 5,3 Milliarden Euro belaufe.

Bereits seit Beginn des Krieges in der Ukraine habe Wintershall Dea den Finanzrahmen umsichtig angepasst und die russischen Aktivitäten in ihren Planungen nicht mehr berücksichtigt, heißt es in der Mitteilung. Parallel dazu werde Wintershall Dea das Geschäft außerhalb Russlands profitabel ausbauen und diversifizieren.

Der Mutterkonzern BASF ist im vergangenen Jahr durch die Entscheidung von Wintershall Dea noch überraschend in die Verlustzone gerutscht, schreibt das Handelsblatt. Unter dem Strich muss der Chemiekonzern einen Nettoverlust von 1,4 Milliarden Euro verbuchen. BASF hält rund 70 Prozent der Anteile an Wintershall Dea und musste seine Beteiligung um 7,3 Milliarden Euro abschreiben.

Kasachisches Öl für Schwedt wohl noch im Januar – Preise steigen

Deutschland hat am 1. Januar nach den Importen russischen Tankeröls auch die Abnahme von Lieferungen über die Leitung Druschba gestoppt. Vor allem die PCK-Raffinerie sucht deshalb Alternativen zum russischen Öl. Etwa die Hälfte soll über den Hafen Rostock kommen, weitere Mengen über Polen und Kasachstan.

Deutschland wird das kasachische Öl über die so genannte Druschba-Pipeline beziehen, die durch Russland führt. Im 1. Quartal 2023 könne KazTransOil als Betreiber der kasachischen Ölfernleitungen insgesamt rund 300.000 Tonnen dort einspeisen, erklärte laut GTAI das Unternehmen dazu in einer Pressemitteilung. Weiter heißt es dort, das russische Energieministerium habe die Genehmigung für den Öltransit per Druschba-Pipeline erteilt.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gibt Deutschlands Ölimporte im Zeitraum Januar bis September 2022 vorläufig mit 65,4 Millionen Tonnen an. Mit 6,7 Millionen Tonnen entfielen knapp 10 Prozent auf Kasachstan. Das Land konnte seine Ölexporte um 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigern und stieg zum drittgrößten Lieferanten für Öl auf dem deutschen Markt auf. Nur Russland und die USA lieferten mehr.

Kasachisches Öl gelangt bisher vorwiegend über den italienischen Adriaafen Triest nach Deutschland. Dort wird das Öl von Tankern in die Transalpine Ölleitung (TAL) geleitet, über die es zu den Endkunden gepumpt wird. Allein fünf Raffinerien in Süddeutschland beziehen ihr Öl hauptsächlich über die TAL.

Bereits einige Tage zuvor hatte Kasachstans Energieminister Bolat Aktschulakow angekündigt, deutsche Abnehmer könnten in Kürze mit ersten Lieferungen kasachischen Öls über die Druschba-Pipeline rechnen. Im Januar 2023 werde KazTransOil zunächst 20.000 Tonnen auf den Weg bringen. Mittel- bis langfristig sei denkbar, den Lieferumfang schrittweise auf bis zu 7 Millionen Tonnen pro Jahr hochzufahren, so der Minister.

[Öl-Embargo: Betreiber von PCK halten bereits Benzin zurück - Business Insider](#)

[Grünes Licht: Kasachstan liefert mehr Öl nach Deutschland | Branchen | Kasachstan | Erdöl \(gtai.de\)](#)

Bevölkerungszahl in Deutschland markiert neuen Rekord

Die Zuwanderung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine hat die Bevölkerungszahl in Deutschland auf ein Rekordniveau getrieben, berichtet das Handelsblatt. Sie kletterte Ende 2022 auf mindestens 84,3 Millionen, wie das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung mitteilte.

„Damit lebten hierzulande so viele Menschen wie noch nie am Ende eines Jahres“, vermeldet die Behörde. Sie verzeichnet ein Plus von 1,1 Millionen Personen binnen Jahresfrist. Grund für dieses starke Wachstum ist ein neuer Höchststand bei der

sogenannten Nettozuwanderung. Dieser Wert beschreibt die Differenz der Zuwanderungs- und Abwanderungszahlen. Nach der aktuellen Schätzung kamen 1,42 bis 1,45 Millionen Personen mehr nach Deutschland als ins Ausland fortgezogen sind. „Damit war die Nettozuwanderung 2022 mehr als viermal so hoch wie im Vorjahr (2021: 329.163) und so hoch wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe 1950“, schreibt das Statistische Bundesamt. Laut der Pressemitteilung lebten im vergangenen Jahr rund 890.000 ukrainische Staatsangehörige in Deutschland.

Ein Rückgang der Geburtenzahl und die gestiegene Zahl der Sterbefälle haben sich 2022 dämpfend auf das Bevölkerungswachstum ausgewirkt. Die Zahl der Geburten sank – laut den bisher vorliegenden Meldungen der Standesämter – um etwa sieben Prozent gegenüber 2021 (795.492) und dürfte zwischen 735.000 und 745.000 betragen. Die Zahl der Verstorbenen binnen Jahresfrist stieg dagegen um rund vier Prozent auf etwa 1,06 Millionen.

Wirtschaftswoche: Mittlerer Korridor zur Umgehung Russlands boomt

Seit Präsident Wladimir Putin seine Truppen in der Ukraine einmarschieren ließ, wachsen die Zweifel am Russlandtransit. Der sogenannte Nördliche Korridor steht in der Kritik. Logistiker wie die Eisenbahner des dänischen Konzerns Maersk wollen die Strecke nicht mehr bedienen. Auch andere verweigern den Transport, suchen nach Wegen, das riesige Land zu umfahren.

Aktuelle Satellitenbilder von LiveEO, die die Wirtschaftswoche ausgewertet hat, zeigen nun, wohin die Reise gehen könnte und wie auch deutsche Unternehmer von der Suche nach einer Putin-freien Route nach China profitieren. Denn damit Züge und Laster die Waren schnell befördern können, braucht es neben Eisenbahnlinien auch Straßen, Güterhäfen und Zwischenlager. Entlang der bisher unterentwickelten mittleren Seidenstraße, die durch Kasachstan, Aserbaidschan, Georgien und die Türkei führt, entstehe so ein Milliardengeschäft, schreibt die Wirtschaftswoche.

Mit welcher Geschwindigkeit die auch als Transkaspische Internationale Transportroute bezeichnete Strecke ausgebaut wird, zeigten Karten aus Zentralasien. Die kasachische Ortschaft Kuryk etwa sei selbst für viele Einheimische bislang unbekanntes Terrain. Am Zipfel des Kaspischen Meeres gelegen, habe es dort vor ein paar Jahren nichts als Sand, Steine und Schotterpisten gegeben. Gehe es nach den Projektplanern des kasachischen Konsortiums Kuryk Port, führt hierdurch noch in diesem Jahr Asiens „Tor nach Europa“. „Der bedauerliche Krieg in der Ukraine ist für den Ausbau des mittleren Korridors ein Rückenwind“, zitiert die Wirtschaftswoche Tobias Bartz, Chef des westfälischen Logistikers Rhenus. Das Unternehmen ist seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Region aktiv, beteiligt sich mit fast 500 Mitarbeitern an 39 Standorten in Kasachstan, Georgien und der Türkei. Allein am Terminal an der kasachischen Grenze zu China investiert das Unternehmen in Krananlagen und Flächen fast 50 Millionen Euro.

Hier der ganze Beitrag:

[Wirtschaft von oben #192 – Mittlere Seidenstraße: Hier bauen deutsche Logistiker die Putin-freie Route nach China \(wiwo.de\)](#)

3. Europäische Union

Neue Russland-Sanktionen: Während es in der EU erste Überlegungen zu einem zehnten Sanktionspaket gibt, droht Ungarn mit Blockade

Polen und Litauen wollen, dass die Europäische Union im Rahmen eines zehnten Sanktionspakets Beschränkungen für den russischen Nuklearsektor und ein Verbot des Diamantenhandels verhängt. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf hochrangige Diplomaten der beiden Länder. Einer von ihnen sagte, das neue Sanktionspaket solle bis zum 24. Februar fertig sein. Dabei soll es auch darum gehen, dass die EU weitere russische „Propaganda“-Medien verbietet und weitere russische Banken vom SWIFT-System ausschließt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in einer Rede in Davos Vorbereitungen zu einem neuen Sanktionspaket bestätigt. Im Zuge dessen sollen Schlupflöcher bei bereits in bestehenden Maßnahmen geschlossen und Sanktionsumgehungen unterbunden werden.

In Vorbereitung sind demnach auch weitere Sanktionen gegen Belarus. Dadurch sollten Schlupflöcher geschlossen werden, durch die Russland die Sanktionen umgeht, z. B. durch den Handel mit Waren, einschließlich Möbeln.

Reuters wies darauf hin, dass die Ukraine die EU ebenfalls aufgefordert habe, den staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom neu zu sanktionieren. Bislang wurde diese Initiative vor allem von Ungarn blockiert.

Ungarn will Oligarchen von der Sanktionsliste streichen

Ungarn droht erneut die Verlängerung von Russland-Sanktionen der Europäischen Union zu blockieren. Die ungarische Regierung fordert, neun russische Oligarchen von der Sanktionsliste zu streichen, berichtete das Onlineportal Forbes.hu unter Berufung auf Brüsseler Quellen. Von den Strafmaßnahmen befreit werden sollen laut der Forderung aus Budapest unter anderen die Oligarchen Alischer Usmanow, Pjotr Awen und Viktor Raschnikow.

Die Sanktionsliste muss von den EU-Staaten einstimmig verabschiedet werden, um deren Gültigkeit mit dem 15. März zu verlängern. Laut dem Onlineportal sind mittlerweile mehr als 1.300 Personen und 170 Organisationen wegen Unterstützung der Ukraine-Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin von den Zwangsmaßnahmen betroffen. Dazu gehören Visaverbote und das Einfrieren ihres Vermögens.

Die rechtsnationale Regierung von Premier Viktor Orban hatte bereits im September 2022 versucht, die Aufhebung von Strafmaßnahmen gegen drei russische Oligarchen zu erzwingen, war jedoch unter politischem Druck von der Forderung zurückgetreten.

[Reuters: Zehntes Sanktionspaket gegen Russland könnte Atomsektor betreffen – russland.NEWS](#)

[Russland-Sanktionen: Ungarn droht mit Blockade bei Verlängerung - news.ORF.at](#)

Neuer Ölpreisdeckel überraschend wirksam

Die westlichen Sanktionen schlagen immer stärker auf die russische Wirtschaft durch, berichtet das Handelsblatt. Besonders wirksam sei ein Instrument, über das in Brüssel und Washington lange gestritten wurde: der Ölpreisdeckel. Die russische Zentralbank spreche bereits von einem „neuen ökonomischen Schock“, der die wirtschaftliche Dynamik „erheblich reduzieren“ werde.

Die G7-Staaten hatten sich im Dezember darauf verständigt, russische Ölimporte nur noch dann auf den Weltmarkt gelangen zu lassen, wenn sie zu einem Preis von maximal 60 Dollar pro Barrel (etwa 159 Liter) gehandelt werden. Länder wie Südkorea schlossen sich der Strafmaßnahme an. Die EU boykottiert darüber hinaus den Import von russischem Rohöl, ausgenommen ist nur jenes Öl, das über die Druschba-Pipeline nach Mitteleuropa strömt.

Zwei Ziele wollen die G7 erreichen: die russischen Staatseinnahmen verringern und den globalen Ölpreis stabilisieren. Bisher sieht es so aus, als würden beide Ziele erreicht, schreibt das Handelsblatt. „Einige Experten hatten prognostiziert, dass der Ölpreis auf 150 Dollar pro Barrel steigen würde“, sagte eine Spitzenbeamtin eines G7-Staats nach Gesprächen in Brüssel. „Das ist nicht geschehen.“ Im Gegenteil: Seit Einführung des Preisdeckels ist der Ölpreis weiter gefallen – und russisches Öl wird mit besonders starken Abschlägen gehandelt.

Laut dem russischen Finanzministerium betrug der Durchschnittspreis von Mitte Dezember bis Mitte Januar 46,82 US-Dollar pro Barrel Urals. Im Dezember hatte das Ministerium ihn mit 50,47 Dollar beziffert, im November waren es 66,47 Dollar. Aufgrund der hohen Preise bis Spätherbst hat der russische Staat 2022 mit Exporten von Brennstoffen im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben 28 Prozent mehr eingenommen als 2021. In absoluten Zahlen betragen die Mehreinnahmen 2,5 Bio. Rubel (38 Mrd. Euro). Dies berichtete Vizepremier Alexander Nowak bei einer Kabinettsitzung. Im Einzelnen seien die Ölexporte um 7 Prozent gestiegen und die Ölproduktion um 2 Prozent. Die Exporte von Flüssigerdgas nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 8% zu, die von Pipeline-Erdgas brachen um 30 Prozent ein. Auch die Exporte von Kohle waren rückläufig (-7,6 Prozent), was aber von einer gestiegenen Binnennachfrage kompensiert wurde. Die Produktion von Kohle stieg um 0,3 Prozent, so Nowak.

Die Nachrichtenagentur Bloomberg veröffentlichte Daten, wonach die Anfang Dezember eingeführte Beschränkung des russischen Ölpreises Moskau angeblich 160 Millionen Euro (172 Millionen Dollar) pro Tag kostet. Diese Zahl soll demnach auf 280 Millionen Dollar pro Tag steigen, wenn ab dem 5. Februar die Beschränkungen auch auf Erdölprodukte ausgeweitet werden. Bloomberg bezieht sich dabei auf einen Bericht des finnischen Thinktanks CREA, der weitere Details enthält:

[EU oil ban and price cap are costing Russia EUR 160 mn/day, but further measures can multiply the impact – Centre for Research on Energy and Clean Air](#)

CREA schlägt in diesem Bericht zur Wirksamkeit des Ölpreisdeckels weitere Maßnahmen vor:

- Überprüfung der Ölpreisobergrenze auf 25-35 USD pro Barrel Rohöl und 5 USD/Barrel mehr für Raffinerieprodukte. Dieses Niveau reduziert die russischen Mineralsteuereinnahmen erheblich und hält die russische Ölproduktion wirtschaftlich lebensfähig.
- Verschärfung der Umsetzung der Preisobergrenze durch höhere Strafen für Tanker, die gegen die Obergrenze verstoßen, sowie Verschärfung der Offenlegungspflichten oder der Vorschrift, dass die Zahlungen über einen Vermittler erfolgen müssen.
- Einführung zusätzlicher Sanktionen, um den russischen Ölhandel auf dem Seeweg einzuschränken. Dazu gehören Beschränkungen beim Verkauf von Tankschiffen, um zu verhindern, dass Russland, seine Verbündeten und die mit ihnen verbundenen Händler alte Tanker erwerben, um die Obergrenze zu umgehen, sowie das Verbot des Umladens von russischem Öl in den Hoheitsgewässern und ausschließlichen Wirtschaftszonen der Länder, die die Preisobergrenze einhalten. Beschränkung des Einsatzes von Tankschiffen ohne angemessenen Versicherungsschutz und Durchsetzung von Umweltnormen für Tanker in der Ostsee und im Schwarzen Meer.
- Einführung von Preisobergrenzen und/oder Einfuhrbeschränkungen für Pipeline-Öl, Pipeline-Gas und LNG aus Russland in die EU.

Washington Post:

Ausblick auf neue Sanktionen im Öl-Sektor ab 5. Februar – mögliche Wirkungen

Ab dem 5. Februar wird die Europäische Union zusammen mit Großbritannien und den USA die Einfuhr von russischem Diesel und anderen Ölprodukten auf dem Seeweg verbieten. Diese Maßnahme, die mit einer Preisobergrenze für russische Treibstoffexporte gekoppelt ist, soll ein beträchtliches Loch in Moskaus Energieeinnahmen reißen. Die Kehrseite der Medaille: Wenn die europäischen Abnehmer nicht in der Lage sind, alternative Bezugsquellen zu finden, würden die Sanktionen den vom Diesel abhängigen Wirtschaftszweigen wie der Landwirtschaft und dem Straßengüterverkehr neue Kosten aufbürden und es den Regierungen erschweren, die Inflation einzudämmen, schreibt die Washington Post. Die USA und Indien seien mögliche Ersatzlieferungen. Im folgenden sechsteiligen Fragenkatalog informiert die Washington Post über die aktuelle Entwicklung (Arbeitsübersetzung):

1. Unterliegt russisches Öl nicht bereits europäischen Sanktionen?

Ja, aber diese beziehen sich auf unraffiniertes Rohöl, das in Europa verboten ist und für das eine Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel gilt, die Unternehmen auferlegt wurde, die noch von Russland kaufen. Die neuen Sanktionen betreffen russische raffinierte

Kraftstoffe auf dem Seeweg. Das Land ist auch ein wichtiger Exporteur von Naphtha - das zur Herstellung von Benzin und Kunststoffen verwendet werden kann - und von Heizöl, das häufig in der Stromerzeugung und in der Schifffahrt verbraucht wird. Außerdem verschifft das Land Düsentreibstoff, Vakuumpgasöl und andere Erdölprodukte. Insgesamt entfielen 2022 auf Russland 9,3 Prozent des weltweiten Frachtaufkommens an Erdölzeugnissen, was etwa 0,5 Prozentpunkte mehr ist als sein Anteil am Rohölmarkt, so dass diese jüngsten EU-Sanktionen ebenso wichtig sind.

2. Wie wird die Preisobergrenze funktionieren?

Auf die gleiche Weise wie die Obergrenze für Rohöl, die von Ländern wie der G7 und der EU eingeführt wurde. Wer für aus Russland verschiffte Produkte mehr als die Obergrenze bezahlt, kann von den wichtigsten teilnehmenden Ländern keine Versicherungen und Finanzierungen erhalten. Das ist eine große Sache, wenn man bedenkt, dass mehr als 95 Prozent der Hochseetanker weltweit über London versichert sind. Selbst wenn Käufer in Afrika und anderswo bereit sind, russischen Diesel über dem Höchstpreis zu kaufen, wird der Großteil der Tanker nicht in der Lage sein, ihn zu transportieren. Die Preise für Erdölzeugnisse schwanken, und die G7 strebt zwei Preisobergrenzen an, wobei die Höhe noch nicht feststeht. Es ist möglich, dass ein Teil des russischen Treibstoffs zu nicht gedeckelten Preisen über eine „Schatten“-Tankerflotte verschifft wird, die nicht auf westliche Dienste angewiesen ist.

3. Wie werden die EU-Käufer den russischen Treibstoff ersetzen?

Eine der schwierigsten Aufgaben wird die Substitution von Dieselprodukten sein, die Autos, Lastwagen, Landmaschinen, Schiffe, Produktions- und Baumaschinen antreiben. Im Jahr 2022 wurden rund 220 Millionen Barrel aus russischen Häfen in die EU verschifft - genug, um etwa 14.000 Schwimmbecken von olympischer Größe zu füllen. Lieferanten im Nahen Osten, wo neue Raffinerien in Betrieb genommen werden, sind eine offensichtliche Alternative. Auch Indien und die USA könnten dazu beitragen, die Lücke zu schließen.

4. Wird es ausreichen?

Das hängt zum Teil davon ab, ob Unternehmen in China die erhöhten Exportquoten nutzen, um mehr Ölprodukte für den Weltmarkt verfügbar zu machen. Dadurch dürften zusätzliche Fässer für den Versand in die EU frei werden. Die höheren Quoten bedeuten nicht zwangsläufig, dass alle möglichen Exporte stattfinden werden, zumal sich Chinas Wirtschaft wieder öffnet, nachdem Peking seine strenge Covid-Null-Politik aufgegeben hat. Es stellt sich auch die Frage, ob Russland weiterhin Diesel exportieren wird. Sollte dies der Fall sein, würden die globalen Handelsströme im Wesentlichen neu gemischt werden. Es gäbe dann immer noch dieselbe Menge an russischem Kraftstoff in der Welt, nur würde er an andere Orte geliefert werden. Sollte Russland jedoch nicht genügend Abnehmer finden und schließlich gezwungen sein, die Produktion zu drosseln, könnte dies die weltweite Verfügbarkeit beeinträchtigen. Die Streiks im französischen Ölsektor verkomplizieren das Bild zusätzlich, da es zu Störungen in den Raffinerien kommen kann, die die eigene Produktion der EU verringern könnten.

5. Was ist das ideale Ergebnis für die EU?

Die Staats- und Regierungschefs der EU hoffen, dass die neuen Sanktionen eine Delle in die russischen Finanzen reißen werden, ohne dass es zu einem Schock bei der Energieversorgung kommt, der die Schlüsselindustrien stört und es den Regierungen erschwert, die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Wenn die Preisobergrenze zu niedrig ist, könnten russische Unternehmen den Verkauf verweigern oder sich bemühen, sie zu umgehen. Ist der Preis zu hoch, haben sie lediglich die Unannehmlichkeiten, neue Abnehmer finden zu müssen. Zu den potenziellen Ersatzkunden für russische Kraftstoffe gehören die Türkei sowie Länder in Afrika und Lateinamerika.

6. Könnte es unbeabsichtigte Folgen geben?

Einige Länder könnten einen Gewinn erzielen, wenn sie im Wesentlichen russischen Dieselkraftstoff zu gedeckelten Preisen kaufen, um ihren Inlandsbedarf zu decken, und Kraftstoff aus ihren eigenen Raffinerien zu einem viel höheren Preis an EU-Käufer verkaufen. Es gibt auch wenig, was Käufer außerhalb der EU wie Indien davon abhalten könnte, russisches Rohöl zu kaufen, es in ihren eigenen Raffinerien zu Kraftstoffen zu verarbeiten und diese Fässer dann rechtmäßig an Käufer in der EU zu verkaufen. Händler, die bereit sind, die Vorschriften vollständig zu umgehen, könnten russischen Kraftstoff in ein Land verschiffen, ihn mit anderen Kraftstoffen mischen (oder ihn einfach umetikettieren) und in die EU schicken. Es kann sehr schwierig sein, die wahre Herkunft solcher Ladungen nachzuweisen.

[What Europe Risks With Wider Sanctions on Russian Oil - The Washington Post](#)

Sanktionen: Russischer Propagandasender nun auch in Frankreich unter Druck

Bereits im Februar 2022 verhängte die EU ein Sendeverbot für russische Medien. Trotzdem produzierte und verbreitete der russische Staatssender RT noch in einem letzten EU-Land Programme - bis jetzt. Nach dem Einfrieren der RT-Konten in Frankreich hat der Sender laut n-tv-Informationen seine Schließung angekündigt. Nach „fünf Jahren Schikane“ hätten die Behörden ihr Ziel erreicht - RT Frankreich werde geschlossen, erklärte die Direktorin des Senders, Xenia Fedorowa, im Onlinedienst Twitter. Durch die Sperrung der Konten könnten 123 Mitarbeiter im Januar möglicherweise nicht mehr bezahlt werden und ihre Arbeitsstelle verlieren.

„Die Sperrung der Konten von RT France wird zu Vergeltungsmaßnahmen gegen französischen Medien in Russland führen“, hieß es nach Angaben der Nachrichtenagenturen Ria Nowosti und Tass aus Kreisen der russischen Diplomatie. Demnach warf Moskau Paris vor, "russische Journalisten zu terrorisieren".

Frankreichs Wirtschaftsministerium erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, dass das Vermögen in Anwendung der jüngsten EU-Sanktionen und nicht auf Initiative des französischen Staats eingefroren worden sei.

Bereits kurz nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hatte die EU ein Sendeverbot für russische Medien verhängt. RT France hatte gegen das Verbreitungsverbot vor dem EU-Gericht in Luxemburg geklagt, welches die Maßnahme

jedoch im Juli für rechtens erklärte. Frankreich war der einzige EU-Mitgliedstaat, der eine registrierte RT-Tochtergesellschaft hatte, die weiterhin Programme produzierte und verbreitete. Im Gegensatz zu den kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs verhängten Sanktionen sahen die im Dezember 2022 beschlossenen neuen Maßnahmen ein „Einfrieren der Vermögenswerte“ von sanktionierten Institutionen vor, erläutert ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums der Nachrichtenagentur AFP. Zu den betroffenen Einrichtungen gehöre ANO TV Nowosti, die Muttergesellschaft von RT France. In Deutschland war das deutsche Programm von RT bereits Anfang Februar 2022 von der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) komplett untersagt worden. Schon zuvor hatte der europäische Satellitenbetreiber Eutelsat die Verbreitung von RT Deutschland eingestellt. Der Kanal RT DE war erst am 16. Dezember 2021 in Deutschland gestartet.

[Russland droht mit Vergeltung: Kontoschließungen zwingen RT-Frankreich in die Knie - n-tv.de](https://www.n-tv.de/Russland-droht-mit-Vergeltung-Kontoschließungen-zwingen-RT-Frankreich-in-die-Knie-article1887111.html)

Sondertribunal zu russischen Kriegsverbrechen?

Die EU-Kommission denkt laut Informationen von Euractiv über die Einrichtung einer internationalen Strafverfolgungsbehörde nach, die Ermittlungen zum Verbrechen der russischen Aggression einleiten soll, um Beweise für mögliche künftige Prozesse zu sichern und zu speichern.

Der zuständige EU-Kommissar Didier Reynders sagte demnach, dass mit den ukrainischen Behörden, dem Internationalen Strafgerichtshof und der EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit Eurojust Gespräche über „rechtliche und sicherheitsrelevante Fragen“ im Zusammenhang mit diesem Plan geführt würden.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba drängte sie zu diesem Schritt, der dazu beitragen könnte, den Druck auf die Regierungen in der gesamten EU zu erhöhen, den Schritt zu unterstützen. „Keine Straffreiheit für Russlands politische und militärische Führung. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden“, twitterte Kuleba.

Die Außenminister Estlands, Lettlands und Litauens hatten bereits im Herbst eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie die EU auffordern, die Ukraine bei der Einrichtung eines Sondertribunals für den künftigen Strafprozess gegen die russische Führung zu unterstützen.

[EU will Sondertribunal für Russlands Verbrechen in der Ukraine – EURACTIV.de](https://www.euractiv.com/en/ukraine/special-tribunal-for-russia-crimes-ukraine-123456789)

Überblick: Schengenvisa für Russen weiter möglich

Reisen aus Russland in den europäischen Schengenraum sind seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges aufwändiger und teurer geworden. Langzeitvisa werden kaum noch ausgestellt. Dennoch ist es für Russinnen und Russen in den meisten europäischen

Ländern weiterhin möglich, europäische Schengenvisa zu beantragen. Der Verband der russischen Reiseveranstalter hat dazu jetzt folgende Angaben veröffentlicht:

Demnach ist es russischen Staatsbürgern derzeit in sechs Ländern - Lettland, Litauen, Polen, Finnland, die Tschechische Republik und Estland – verboten, Reisen zu touristischen Zwecken durchzuführen. Zudem hätten einige Länder hohe Anforderungen für Anträge eingeführt. Sie verlangen insbesondere die Zahlung von Visagebühren durch westliche Banken oder die Vorlage einer Krankenversicherung eines ausländischen Versicherers. Die Ausstellung von Visa für die mehrfache Einreise an Russen wurde minimiert.

Nach den konsolidierten Daten der Reiseveranstalter „Russian Express“, PAC Group, TEZ TOUR und ICS Travel Group dauert es im Schnitt 2,5 bis 3 Wochen dauern, um Schengen in Moskau zu bekommen. Nach wie vor akzeptierten Österreich, Griechenland, Kroatien, Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Slowenien und die Schweiz Dokumente für ein Schengen-Visum für touristische Reisen. Laut Visaspezialisten gehörten Frankreich und Italien (Visa für 6 Monate und ein Jahr) zu den besten Ländern bei der Ausstellung von „langen“ Visa. Österreich, Ungarn und Slowenien stellten in der Regel Visa für die einmalige Einreise aus. Das griechische Konsulat stelle Kurz- und einmalige Einreisevisa aus.

Deutschland hat laut Tourismusexperten unter den Ländern, die noch Visa ausstellen, die strengsten Anforderungen. Um ein Visum für Deutschland zu erhalten, werden Russen gebeten, ein Konto bei einer Bank vorzulegen, die in der EU tätig ist, sowie eine Versicherung einer europäischen Versicherungsgesellschaft. Ähnliche Versicherungsanforderungen werden auch von den Konsulaten Sloweniens und Maltas auferlegt.

Generell wurde für russische Antragsteller die Konsulargebühr für Visa von 35 auf 80 Euro erhöht und die maximale Prüfungszeit für das Dokumentenpaket für ein Visum auf 45 Tage erhöht. Aufgehoben wurde die Möglichkeit, dringende Visa auszustellen. Visa für die mehrfache Einreise für sechs Monate oder ein Jahr seien selten zu bekommen. In der Regel geht es die einmalige Einreise, sagte ein Vertreter eines russischen Reiseveranstalters. „Touristen müssen darauf vorbereitet sein, dass sie trotz häufiger Besuche in europäischen Ländern Schengen für eine kürzere Gültigkeitsdauer erhalten können, als sie es gewohnt sind oder verlangen.“

Zum neuen Jahr habe es keine Änderungen bei den Anforderungen an das Dokumentenpaket der russischen Antragsteller gegeben. Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) hat in Bezug auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine dafür plädiert, gegenüber Moskau Augenmaß zu bewahren. „Wir dürfen nicht über das Ziel hinausschießen, indem wir zum Beispiel ein Visaverbot für 144 Millionen Russen einführen“, sagte Schallenberg. Russland werde Teil der europäischen Geschichte und Kultur bleiben.

Einige EU-Länder hätten die Vergabe von Visa an Russen an unerfüllbare Bedingungen geknüpft, klagte das russische Außenministerium. Als Beispiele nannte der russische Vize-Außenminister Jewgenij Iwanow die Überweisung von Visagebühren auf Konten westlicher Banken oder den Nachweis einer Versicherung bei einem westlichen Anbieter.

Der österreichische Außenminister betonte, dass es keinen Zweifel an der uneingeschränkten Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf um Souveränität und territoriale Integrität gebe. „Der von Russland angezettelte brutale Angriffskrieg ist Wahnsinn. Gleichzeitig müssen wir aber auch an den Tag danach, die Woche danach und die Monate danach denken“, sagte Schallenberg laut seiner Sprecherin bei einer Konferenz der französischen Elitehochschule Sciences Po in Paris. Denn die europäische Sicherheitsarchitektur werde auch in Zukunft auf die eine oder andere Weise Russland als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat und als Atommacht einbeziehen müssen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) müsse beibehalten werden, forderte Schallenberg und kritisierte erneut die Ausladung des russischen Außenministers Sergej Lawrows vom jüngsten OSZE-Treffen in Polen.

[Visa-Verbote etc. - Schallenberg: „Gegenüber Russland Augenmaß wahren“ | krone.at](#)

[Сколько делают шенген в 2023 году, и какие страны выдают мультивизы | Ассоциация Туроператоров \(atorus.ru\)](#)

Von der Leyen kündigt weitere EU-Sanktionen gegen Belarus an

Gegen die Ex-Sowjetrepublik Belarus sollen wegen ihrer Unterstützung des russischen Kriegs gegen die Ukraine weitere europäische Strafmaßnahmen beschlossen werden, dies berichtet die dpa. „Wir werden neue Sanktionen gegen Belarus verhängen, um der Rolle Belarus' in diesem russischen Krieg in der Ukraine Rechnung zu tragen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10. Januar in Brüssel. Die bereits gegen Russland verhängten Sanktionen würden auf alle Länder ausgeweitet, die den Krieg militärisch unterstützten. Als Beispiele nannte sie neben Belarus auch den Iran. Schon im vergangenen Jahr hat die EU als Reaktion auf die belarussische Unterstützung des russischen Kriegs Sanktionen gegen Belarus und den Iran verhängt. Darunter sind im Fall der Ex-Sowjetrepublik Handelsbeschränkungen sowie ein Verbot von Transaktionen mit der belarussischen Zentralbank. Im Iran sind vor allem Beteiligte am Export von Kampfdrohnen von Strafmaßnahmen betroffen. In den vergangenen Wochen gab es immer wieder Spekulationen über einen erneuten russischen Angriff auf die Ukraine von belarussischem Gebiet aus. Schon zu Kriegsbeginn hatten die Truppen von Kremlchef Wladimir Putin die Ex-Sowjetrepublik als Aufmarschgebiet für die Invasion der Ukraine genutzt.

Belarus ergreift Gegenmaßnahmen gegen EU-Sanktionen

Die Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Belarus berichtet über staatliche Gegenmaßnahmen gegen EU-Sanktionen:

1. Am 6. Januar 2023 wurde das Gesetz der Republik Belarus Nr. 239-3 vom 3. Januar 2023 „Über Fragen der Überführung unter vorübergehende externe Verwaltung“ veröffentlicht (<https://pravo.by/document/?guid=12551&p0=H12300239&p1=1&p5=0>).

Laut dem Gesetz können juristische Personen der Republik Belarus – kommerzielle Gesellschaften, deren Eigentümer (Gesellschafter/Aktionäre) Personen aus ausländischen Staaten sind - durch Beschlüsse der regionalen Exekutivkomitees bzw. der Stadt Minsk unter vorübergehende, externe Verwaltung für bis zu 18 Monaten ab dem Datum der entsprechenden Entscheidung überführt werden.

Das Ziel der vorübergehenden, externen Verwaltung besteht darin, eine „ungerechtfertigte“ Beendigung der Tätigkeit von kommerziellen Gesellschaften sowie Benachteiligung für deren Personalbelegschaft auszuschließen und deren normale verlustfreie Tätigkeit zu gewährleisten.

Das Gesetz tritt am 17. Januar in Kraft und gilt bis 31. Dezember 2025.

Mitteilung auf der Webseite:

<https://belarus.ahk.de/infothek/news/news-details/in-belarus-wird-die-voruebergewende-externe-verwaltung-von-kommerziellen-gesellschaften-eingefuehrt>.

2. Ebenfalls am 6. Januar wurde das Gesetz der Republik Belarus Nr. 240-3 vom 3. Januar 2023 „Über den Vermögensentzug“ veröffentlicht

(<https://pravo.by/document/?guid=12551&p0=H12300240&p1=1&p5=0>,
<https://deu.belta.by/society/view/das-gesetz-uber-vermogensentzug-ist-auf-dem-nationalen-rechtsportal-veroeffentlicht-63319-2023/>).

Das Gesetz genehmigt die Möglichkeit des Vermögensentzugs zugunsten der Republik Belarus wegen „unfreundlicher“ Handlungen. Zu den Objekten des Eigentumsrechts gehören Sachen, einschließlich Geld und Wertpapiere, sonstiges Eigentum, einschließlich Eigentumsrechte, die sich in der Republik Belarus befinden und den Subjekten der Beschlagnahme gehören - ausländischen Staaten, natürlichen und juristischen Personen aus ausländischen Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, sowie deren Affiliates.

Das Gesetz sieht den Grundsatz der Objektivität vor, wonach der Entzug von Eigentumsrechten ausschließlich als Reaktion auf „unfreundliche Handlungen“ / „Vergeltungsmaßnahme“ verwendet wird. Das Gesetz enthält dabei den Begriff „unfreundliche Handlungen“ nicht.

Über die Notwendigkeit, „Vergeltungsmaßnahmen“ zu ergreifen, entscheidet der Ministerrat der Republik Belarus.

Das Gesetz tritt am 17. Januar in Kraft.

Mitteilung auf der Webseite:

<https://belarus.ahk.de/infothek/news/news-details/in-belarus-wurde-das-gesetz-ueber-den-vermoegensentzug-als-reaktion-auf-unfreundliche-handlungen-verabschiedet>.

3. Am 6. Januar wurde das Gesetz der Republik Belarus Nr. 241-3 vom 3. Januar 2023 „Über die Beschränkung ausschließlicher Rechte an Objekten des geistigen Eigentums“ veröffentlicht (<https://pravo.by/document/?guid=12551&p0=H12300241&p1=1&p5=0>).

Laut dem Gesetz werden in Belarus die Nutzung von Objekten des geistigen Eigentums sowie die Einfuhr und Einführung in den zivilen Verkehr von Gütern, bei denen Objekte des geistigen Eigentums verwendet werden, ohne Zustimmung von Urheberrechtsinhabern aus ausländischen Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, zugelassen. Zu solchen Objekten gehören u.a. Computerprogramme, audiovisuelle und musikalische Werke, Programme von Rundfunkanstalten.

Die Nutzung dieser Objekte gilt nicht als Verletzung von Exklusivrechten. Das Verzeichnis der betreffenden Objekte des geistigen Eigentums für Parallelimporte wird von den zuständigen Behörden festgelegt.

Das Gesetz tritt am 17. Januar in Kraft und gilt bis 31. Dezember 2024.

Mitteilung auf der Webseite:

<https://belarus.ahk.de/infothek/news/news-details/belarus-legalisiert-parallelimporte-kritisch-wichtiger-gueter>.

19 Milliarden Euro an russischen Geldern EU-weit eingefroren

In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erklärte die Europäische Kommission, dass die Mitgliedstaaten bis zum 16. Dezember 2022 insgesamt 18,9 Milliarden Euro an Vermögenswerten gemeldet haben, die im Rahmen der Russland-Sanktionen eingefroren wurden und sich in ihrem Hoheitsgebiet befinden.

Griechenland und Malta haben bisher nur jeweils rund 200.000 Euro an russischem Vermögen eingefroren. Wie die Nachrichtenagentur Reuters aus EU-Kreisen erfuhr, gibt es in Brüssel deshalb Zweifel an der Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland durch die beiden Länder. Griechenland gibt die Summe der eingefrorenen Mittel mit 212.000 Euro an, Malta mit 222.000 Euro, wobei die EU intern von 147.000 Euro ausgeht, so der Reuters-Bericht.

[Parliamentary question | Answer for question E-003420/22 | E-003420/2022\(ASW\) | European Parliament \(europa.eu\)](#)

[Greece, Malta lag in sanctioned Russian assets - EU | Reuters](#)

Französische Immobilienmakler setzen Sanktionen nicht konsequent um

Nach den Ergebnissen gemeinsamer Untersuchungen der französischen Generaldirektion für Wettbewerb, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung (DGCCRF) und der für den Schutz der Bevölkerung des Departements Alpes-Maritimes zuständigen Abteilung

verstehen 60 Prozent der geprüften Immobilienmakler in bestimmten Gemeinden des Departements Alpes-Maritimes ihre Verpflichtungen zur Umsetzung von Maßnahmen zum Einfrieren von Vermögenswerten im Rahmen der EU-Sanktionen gegen Russland nicht vollständig oder kommen ihnen nicht nach. Dies berichtet das Portal [Europeansanctions.com](https://europeansanctions.com).

Die Untersuchungen ergaben demnach, dass einige Makler es versäumen:

- die Namen ihrer Kunden mit dem Register der Generaldirektion des Finanzministeriums über Personen / Einrichtungen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden, abzugleichen;
- das Einfrieren von Vermögenswerten unverzüglich umzusetzen; und / oder
- der Generaldirektion des Finanzministeriums zu erklären, dass die Maßnahmen zum Einfrieren von Vermögenswerten durchgeführt worden sind.

Die untersuchten Gemeinden wurden aufgrund der Anzahl der dort befindlichen Luxusimmobilien ausgewählt.

[Lutte contre le blanchiment des capitaux et le financement du terrorisme : la DGCCRF mène une action coup de poing dans les Alpes-Maritimes | economie.gouv.fr](https://economie.gouv.fr/actualites/actualite/Lutte-contre-le-blanchiment-des-capitaux-et-le-financement-du-terrorisme-la-DGCCRF-mene-une-action-coup-de-poing-dans-les-Alpes-Maritimes)

Bahn-Lieferkette über Russland noch in Takt

Wie die US-Nachrichtenagentur Bloomberg unter Verweis auf die EU-Statistiken berichtet, hätten die Einfuhren chinesischer Metalle über Russland allein in den ersten neun Monaten des letzten Jahres mehr als das Doppelte im Vergleich zum gesamten Vorjahr 2021 betragen. Auch die sanktionierten Züge der Russischen Eisenbahnen waren demnach in den Transit involviert. Was den EU-Handel mit China bei Metallen der Seltenen Erden angeht, stieg dieser in den ersten neun Monaten 2022 um mehr als vier Fünftel auf 377 Millionen Euro.

Die russische Eisenbahn bleibt in dieser Hinsicht ein wichtiger Knotenpunkt bei den Lieferketten aus China, obwohl der Gesamtanteil des Güterverkehrs über Russland nach EU-Angaben drei bis vier Prozent des gesamten Handels zwischen China und der EU ausmacht, kommentiert die Berliner Zeitung. Metalle könnten zwar auch auf dem Seeweg transportiert werden, merken die Bloomberg-Autoren an, aber es dauere doppelt so lange wie mit der Bahn. Ein Güterzug, der vom chinesischen Wuhan durch Russland nach Duisburg in Westdeutschland fährt, braucht nur 16 Tage. „Es ist erstaunlich, dass diese Lieferkette trotz aller Sanktionen noch funktioniert“, sagt Michael Wurmser, Gründer des englisch-norwegischen Rohstoffunternehmens Norge Mining, dazu im Bloomberg-Bericht.

[Für Waffenproduktion: EU importiert mehr Seltene Erden aus China über Russland \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/energie/fuer-waffenproduktion-eu-importiert-mehr-seltene-erden-aus-china-ueber-russland)

Geänderte Dual-use-Kontrolllisten

Die Europäische Kommission hat gestern die Delegierte Verordnung (EU) 2023/66 der Kommission veröffentlicht, mit der die EU-Ausfuhrkontrollliste für Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Einklang mit den von den internationalen Nichtverbreitungsregimen und Ausfuhrkontrollvereinbarungen bis Dezember 2021 angenommenen Kontrolllisten geändert wird.

Die wichtigsten Ergänzungen der Liste betreffen:

Elektronik, Halbleiter und Computer; den chemischen und biologischen Sektor sowie Luft- und Raumfahrt und Antriebstechnik.

[Commission updates EU control list of dual-use items \(europa.eu\)](https://europa.eu)

[Delegierte Verordnung \(EU\) 2023/ der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Tagesaktuelle Füllstände der europäischen Gasspeicher

Über diese Internetseite lassen sich aktuell die Füllstände der Gasspeicher für alle europäischen Länder einsehen:

[Gas Infrastructure Europe - AGSI \(gie.eu\)](https://gie.eu)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Am 21. Dezember veröffentlichte die EU-Kommission eine konsolidierte Fassung ihrer FAQ zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Neue FAQ zu verschiedenen Sanktionsthemen:

- 1.) Transit gelisteter Güter durch Russland:
[Frequently asked questions on Transit of listed goods via Russia concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)
- 2.) Import, Kauf und Transit gelisteter Güter
[Frequently asked questions on import, purchase and transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against](https://europa.eu)

[Ukraine \(europa.eu\)](#)

3.) Dienstleistungen

[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

4.) Versicherungen

[Frequently asked questions on insurance and reinsurance related matters concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Neue Guidelines der EU-Kommission speziell zum Ölpreisdeckel, der Anfang Dezember eingeführt worden war:

[Guidance on Russian oil price cap \(europa.eu\)](#)

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Neue Auflagen für Unternehmen, die ihr Geschäft in Russland verkaufen wollen

Die Bedingungen, unter denen sich ausländische Unternehmen vom russischen Markt verabschieden können, wurden im Laufe des vergangenen Jahres stetig verschärft. Der Prozess ist komplex und nur mit intensiver anwaltlicher Beratung zu bewältigen. Es gibt verschiedene Behörden, die zuständig sind. Im Falle strategischer Investitionen wie etwa Bankenbeteiligungen geht nichts ohne eine direkte Zustimmung von Präsident Wladimir Putin. Im Laufe des Dezembers wurde zudem eine Vorschrift erlassen, nach der Verkäufe nur noch zu 50 Prozent des Marktpreises akzeptiert werden. Zudem verdienen die Behörden bei den Transaktionen inzwischen direkt mit, von einer Abgabe von 10 Prozent des Kaufpreises ist die Rede.

Dieser Artikel von RBK (Arbeitsübersetzung), der Ende 2022 erschien, fasst den aktuellen Sachstand zusammen. Zum Thema hatte der Ost-Ausschuss am 18. Januar auch ein Online-Briefing mit Rechtsexperten von RSP International und Kesarev Consulting veranstaltet, die sich auf solche Fälle spezialisiert haben (siehe Kapitel 1).

Die Behörden haben beschlossen, einen Beitrag zum Haushalt für den Verkauf von Vermögenswerten durch Ausländer einzuführen

Diese Unternehmen sollten zum halben Preis oder weniger verkauft werden

Ein Unterausschuss des Finanzministeriums hat einen freiwilligen Beitrag zum Haushalt aus Transaktionen, die den Verkauf von Vermögenswerten durch Ausländer beinhalten, eingeführt, wie RBC erfahren hat. Sie muss mindestens 10 % der Transaktion betragen. Eine Alternative zur Gebühr ist die Vereinbarung einer Ratenzahlung durch den Erwerber

Die Unterkommission des Finanzministeriums für die Erteilung von Genehmigungen für Transaktionen zwischen Gebietsansässigen und ausländischen Unternehmen aus nicht-freundlichen Ländern, die ein struktureller Teil der Regierungskommission für die Überwachung ausländischer Investitionen ist, hat vier Kriterien angenommen, die nun formell für die Genehmigung von Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenswerten in Russland durch Ausländer gelten. Eine davon ist die Zustimmung zu einer Ratenzahlung für das Vermögen oder die Zahlung eines freiwilligen Beitrags zum Bundeshaushalt. Dies wurde RBC von zwei Quellen in internationalen Unternehmen berichtet, die gerade dabei sind, Geschäfte zu genehmigen, einem Berater, der mit Ausländern arbeitet, die den russischen Markt verlassen, und einem russischen Investor, der einen Anspruch auf ihr Vermögen hat.

Die Kriterien sind in der Arbeitsfassung des Protokolls der Unterausschusssitzung vom 12. Dezember enthalten (die RBC vorliegt). Sie wurden von einer anderen Quelle bestätigt, die mit dem Inhalt des Dokuments vertraut ist.

"Wir bestätigen die Anwendung dieser Kriterien", erklärte der Pressedienst des Finanzministeriums gegenüber RBC. Der Unterausschuss, der ermächtigt ist, Genehmigungen für Geschäfte mit Ausländern zu erteilen, wird von Finanzminister Anton Siluanow geleitet.

Bei Entscheidungen über die Veräußerung von Vermögenswerten durch Ausländer, die mit unfreundlichen Staaten in Verbindung stehen (in diesen Staaten registriert sind, dort Geschäfte betreiben oder unter der Kontrolle solcher Investoren stehen), wird der Unterausschuss von der Notwendigkeit ausgehen, die folgenden Ansätze gemäß der Fassung des Protokolls festzulegen:

*-die Verfügbarkeit einer unabhängigen Bewertung der Vermögenswerte;
-die Möglichkeit einer Ratenzahlung an den Erwerber für ein oder zwei Jahre oder die Zahlung eines freiwilligen Beitrags an den Bundeshaushalt in Höhe von mindestens 10 % des Transaktionsbetrags.*

Aus dem Dokument geht nicht hervor, wer einen freiwilligen Beitrag zum Haushalt leisten wird - der ausländische Verkäufer oder der russische Käufer des Vermögenswerts;

*- Verkauf eines Vermögenswerts mit einem Abschlag von mindestens 50 % auf den in einem unabhängigen Gutachten ermittelten Wert;
Festlegung der wichtigsten Leistungsindikatoren (KPIs) für neue Aktionäre (Eigentümer).*

Zuvor war keine Liste mit formalisierten Kriterien für die Genehmigung von Geschäften mit unfreundlichen Ausländern bekannt. Im Juni teilte Alexander Schochin, der Vorsitzende des Russischen Verbands der Industriellen und Unternehmer (RSPP), mit, dass Ausländer Unternehmen in Russland mit einem Abschlag von mindestens 50 % auf die „letzte offizielle Bewertung“ verkaufen, und Finanzminister Anton Siluanow bestätigte, dass dies eine der Bedingungen sei. Der CSR schätzte im Oktober, dass der durchschnittliche Abschlag beim Verkauf russischer Einheiten durch ausländische Unternehmen bei etwa 70 % liegt.

Die Regierung genehmigte das Verfahren für Transaktionen mit Einwohnern unfreundlicher Länder im März 2022, nachdem westliche Länder Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Beginn einer speziellen Militäroperation in der Ukraine verhängt hatten. Dem Dokument zufolge müssen die Unternehmen einen Antrag mit Informationen über die an der Transaktion Beteiligten, einschließlich der Begünstigten, einreichen, um die Genehmigung der Rechtskommission zu erhalten. Die Kommission kann die Genehmigung verweigern oder unter bestimmten Bedingungen erteilen. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung eine Liste mit unfreundlichen Ländern. Dazu gehörten u. a. die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Japan und alle EU-Länder.

Das Vorhandensein klar definierter Kriterien "scheint in der gegenwärtigen Situation die bevorzugte Option zu sein", sagt Alena Kucher, geschäftsführende Gesellschafterin der Anwaltskanzlei Kuleshov Maksimenko & Partners. „Das absolute Ermessen des Staates ohne Angabe von Kriterien, die dieses Ermessen beeinflussen, bringt den Investor immer in eine viel schwierigere Lage als ein klarer Rahmen", erklärt sie.

Informell gab es die Anforderung eines Abschlags von mindestens 50 Prozent auf die Marktbewertung schon vorher, in diesem Sinne ist nichts Neues hinzugekommen, betont Kucher. Aufgrund der derzeitigen Beschränkung der Dividendenausschüttung an Gebietsfremde verkaufen Ausländer, wenn sie Russland verlassen, häufig das

Unternehmen mit den angesammelten Gewinnen, die sonst kaum abgezogen werden können, fügt sie hinzu. Die russischen Behörden gestatten die Ausschüttung von Dividenden durch russische Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen, wenn die zuständigen Behörden feststellen, dass diese weiterhin in vollem Umfang tätig sind und investieren, und wenn die Höhe der Zahlungen dem Normalwert entspricht, erklärte der stellvertretende Finanzminister Alexej Moissejew am 19. Dezember.

Wenn das Ziel darin besteht, den Rückzug von Ausländern aus russischen Vermögenswerten so weit wie möglich einzuschränken, wäre es logisch, Kriterien und Beschränkungen festzulegen, einschließlich der Zahlung eines 10-prozentigen Beitrags aus dem Transaktionsbetrag an den föderalen Haushalt, sagt Andrey Voronin, Vorsitzender des Expertenrats für Corporate Governance des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften. Seiner Meinung nach wäre es angesichts des freiwilligen Charakters dieses Beitrags im Rahmen von Sekundärsanktionen tatsächlich eine prohibitive Maßnahme, wenn der Beitrag vom Verkäufer gezahlt werden müsste. Gleichzeitig räumt er ein, dass "ausländische Unternehmen solche Zahlungen auf nicht ganz direkte Weise leisten können, zum Beispiel von Offshore-Konten von Unternehmen, die nicht direkt mit dem Unternehmen verbunden sind".

Voronin hält es für "durchaus vernünftig", dem Käufer bestimmte KPIs vorzugeben: in Bezug auf die Produktion, den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Höhe der Steuerabzüge usw., betont aber, dass eine Einmischung in die Marktpreisbildung zu Marktungleichgewichten führt. Insbesondere das Erfordernis, die Transaktion mit einem Abschlag von mindestens 50 % des Wertes der betreffenden Vermögenswerte durchzuführen, führe zu Verzerrungen auf dem Markt für Kapitalvermögen und sei offensichtlich vorteilhaft für den Käufer, betont der Sachverständige und warnt vor der Gefahr, dass Verkäufer und Käufer eine vertrauliche Sicherheitsvereinbarung mit zusätzlichen Abrechnungen für einen russischen Vermögenswert außerhalb der russischen Gerichtsbarkeit treffen könnten. "Oft halten Ausländer Anteile und Aktien an russischen Unternehmen über Zweckgesellschaften, die in Offshore-Jurisdiktionen gegründet wurden, was es ihnen ermöglicht, Aktien dieser Zweckgesellschaften zu veräußern, ohne in den russischen Kreislauf einzutreten und sie untereinander zu verkaufen", erinnert er.

[Власти решили ввести взнос в бюджет при продаже активов иностранцами :: Экономика :: РБК \(rbc.ru\)](#)

Wer geht und wer bleibt

Die Kyiw School of Economics hat zusammen mit freien IT-Kräften eine Übersichtsseite zu größeren internationalen Unternehmen erstellt, die ihr Geschäft in Russland beenden bzw. fortsetzen. Demnach haben (Stand 19.1.) knapp 160 Unternehmen ihr Geschäft vollständig beendet, während rund 1200 ihre Geschäfte aktuell weiterlaufen lassen. Rund 1500 befinden sich in verschiedenen Stufen des Rückzugs. Die Webseite hat den Anspruch, tagesaktuell zu monitoren. Die Webseite arbeitet auch mit der so genannten Pranger-Liste der Yale's School of Management zusammen.

Hier der Link:

[#LeaveRussia: The List of Companies that Stopped or Still Working in Russia \(leave-russia.org\)](https://leave-russia.org/#LeaveRussia: The List of Companies that Stopped or Still Working in Russia)

Neues Dekret:

Ausländischen Anteilseignern werden Stimmrechte auf Zeit entzogen

Bis Ende 2023 können einige russische Unternehmen die Stimmen von Miteigentümern aus unfreundlichen Ländern bei Unternehmensentscheidungen ignorieren, meldet die russische Nachrichtenagentur „Ria Nowosti“ unter Berufung auf ein jüngst veröffentlichtes Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Entscheidung sei getroffen worden, um die nationalen Interessen Russlands zu schützen im Zusammenhang mit dem unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Vorgehen der USA sowie weiterer ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben. Das Dekret legt fest, dass die Stimmen von Vertretern von Miteigentümern aus unfreundlichen ausländischen Staaten, um eine Entscheidung des Organs einer russischen Gesellschaft zu treffen, „bei der Bestimmung der Beschlussfähigkeit und den Abstimmungsergebnissen auf der Tagesordnung einer Versammlung nicht berücksichtigt werden.“ Die Entscheidung erfolgt in diesem Fall mit Stimmenmehrheit der Gesamtzahl der verbleibenden Vorstandsmitglieder beziehungsweise Gesellschaftern. Das Dekret gilt für russische Wirtschaftsunternehmen, die gleichzeitig die folgenden Kriterien erfüllen: Tätigkeiten im Bereich Energie – einschließlich Elektroindustrie -, Maschinenbau oder Handel ausüben; Gegen die beherrschende Person und/oder den wirtschaftlich Berechtigten wurden Sanktionen verhängt; unfreundliche Ausländer besitzen Anteile von nicht mehr als 50% am genehmigten Kapital; der Umsatz der Wirtschaftseinheit oder der Gruppe, zu der sie gehört, für das Vorjahr über 100 Milliarden Rubel (rund 1,3 Mrd. Euro) liegt. Die Verordnung gilt bis zum nächsten Jahreswechsel.

Nach Zählung der AHK Moskau hat der russische Staat inzwischen gegen Firmen und Personen aus „unfreundlichen Ländern“ insgesamt 1084 Maßnahmen erlassen, davon 172 föderale Gesetze, 198 Präsidialdekrete und 446 Regierungserlasse.

Hier das Dekret:

[Указ о временном порядке принятия решений органами некоторых российских хозяйственных обществ • Президент России \(kremlin.ru\)](https://kremlin.ru/ru/news/2022/12/23/1084)

Iswestija: Duma will internationale Finanzstandards abschaffen

Laut der russischen Zeitung Iswestija bereitet das russische Parlament einen Gesetzentwurf vor, der die Befreiung russischer Kredit- und Nicht-Kredit-Finanzorganisationen von der Berichterstattung nach internationalen Standards (IFRS) vorbereiten soll. Damit versuche der Gesetzgeber, die Belastung der Marktteilnehmer zu verringern. Für viele russische Unternehmen führe die doppelte Erstellung von Abschlüssen nach IFRS (und in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Bank von

Russland, die ebenfalls auf IFRS basieren) zu hohen Kosten für Erstellung und Prüfung, so die Staatsduma. Die Marktteilnehmer glaubten, dass die Maßnahme sowohl Geld als auch Aufwand sparen werden. Gleichzeitig könnten Schwierigkeiten bei der Eröffnung von Korrespondenzkonten bei Banken befreundeter Länder und bei der Aufnahme von Interbankenkrediten auftreten, gibt Iswestija zu bedenken.

[Польза о двух концах: к чему приведет отход РФ от мировых стандартов финотчетности | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Umfrage:

Mehr als 60 Prozent der russischen Unternehmen leiden unter Sanktionen

Die westlichen Sanktionen haben sich auf mehr als 60 Prozent der von der russischen Industrie- und Handelskammer (IHK) befragten russischen Unternehmen negativ ausgewirkt, dies berichtet die russische Zeitung Kommersant. Ein großer Teil der Organisationen habe seine ausländischen Partner verloren, aber etwa 25 Prozent von ihnen haben bereits neue gefunden, sagte demnach Sergey Katyrin, Präsident der Industrie- und Handelskammer Russlands.

„Es zeigt sich, dass die Sanktionen bei mehr als 60 Prozent der Befragten spürbare Auswirkungen auf ihre Arbeit hatten. Gleichzeitig haben etwa 25 Prozent der Unternehmen, die Partner im Ausland verloren hatten, bereits neue gefunden“, erklärte Katyrin gegenüber RIA Novosti und fügte hinzu, dass mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen die verlorenen Geschäftskontakte noch immer nicht nachgeholt hat. Der IHK-Präsident erklärte, dass die Kammer zur Unterstützung von Unternehmern kürzlich eine Geschäftsreise in den Iran organisiert hat. An der Veranstaltung nahmen 100 Vertreter russischer Unternehmen teil.

Nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine wurde die Lage für die Unternehmen in Russland dadurch erschwert, dass die Finanzinfrastruktur des Landes praktisch isoliert ist und die früheren logistischen und geschäftlichen Verbindungen zerstört wurden. Bloomberg schätzt, dass allein am ersten Tag der Feindseligkeiten in der Ukraine das Vermögen der reichsten Geschäftsleute Russlands um 39 Milliarden Dollar gesunken ist.

[Только четверть потерявших зарубежных партнеров российских компаний нашли новых - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Handelsblatt:

Russen mildern mit neuen Lieferketten Sanktionsauswirkungen

Bis zu eine Million Russen verließen im Jahr 2022 Russland, um der wirtschaftlichen Not und der drohenden Einberufung an die Front zu entkommen, schätzt das Handelsblatt. Für die verbliebenen Russen ändere sich das tägliche Leben, da viele der großen globalen Marken ihre Geschäfte aus Russland zurückziehen. Die Lage erinnere an die 1990er-Jahre,

als der Zusammenbruch des Kommunismus klaffende Lücken in den Versorgungsketten hinterließ.

Heute wie damals suchten Verbraucher und Unternehmer kreative Wege für neue Lieferketten. So sei die russische Anzeigenwebsite Avito voller Leute, die anbieten, Kleidung ausländischer Marken aus dem Ausland zu importieren: Wer dort nach Gucci suche, erhalte 173.000 Angebote, schreibt das Handelsblatt. Über ehemalige Sowjetstaaten würden weiterhin iPhones und andere technische Geräte nach Russland eingeführt.

Franchisenehmer begegneten dem Ausstieg der multinationalen Unternehmen, indem sie Produkte mit ähnlichen Verpackungen und Logos, aber leicht veränderten Namen verkaufen. Krispy Kreme Doughnuts heißen jetzt Krunchy Dream, Starbucks ist Stars Coffee und Pizza Hut heißt jetzt Pizza N (eine Anspielung auf die Tatsache, dass das kyrillische N wie ein lateinisches H aussieht). Ein russischer Staatsbürger habe in Dubai ein Unternehmen gegründet, das eine Lizenz für den Goldimport besitzt. Russische Unternehmen kauften Goldbarren und liefern sie an ihn. Er wiederum verkaufe sie an Schmuckhersteller in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Nachdem er 40 Prozent des Gewinns eingestrichen hat, verwendet er den Erlös, um Autoteile oder andere benötigte Waren zu kaufen, die dann nach Russland transportiert werden, schreibt das Handelsblatt.

Das alles sei Teil dessen, was Kreml-Offizielle die „Mobilisierungswirtschaft“ nennen. Vorschriften, die so genannte Parallelimporte verbieten, also die Einfuhr von Markenartikeln ohne Zustimmung des Markeninhabers, wurden aufgehoben. Die Website des Ministeriums wirbt für wirtschaftliche Entwicklung für zinsgünstige Darlehen für Unternehmer in bestimmten Branchen sowie für Moratorien bei Inspektionen.

Dennoch zeigten die Sanktionen ihre Wirkung. Gebrauchte Toyotas und BMWs erzielen höhere Preise als zum Zeitpunkt, als sie noch neu waren. Mehr als ein Viertel der Flugzeuge von Aeroflot wurden aus dem Verkehr gezogen, weil sie als Ersatzteile für noch funktionierende Flugzeuge ausgeschlachtet wurden. Eine Studie von Bloomberg Economics, die Russland mit Südafrika in den 1960er- bis 90er-Jahren verglich – damals war das Land wegen der Apartheid mit Sanktionen belegt – kommt laut Handelsblatt zu dem Schluss, dass die Wirtschaft mit „einer erheblichen, schleichenden Belastung konfrontiert ist, da Handels- und Kapitalverkehrsbeschränkungen den Wettbewerb abwürgen und zu Ineffizienz führen“. Die russische Wirtschaft schrumpfte demnach im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent und wird bis 2023 um weitere 2,5 Prozent einbrechen.

Das russische Statistikamt veröffentlicht seit dem Einmarsch in die Ukraine keine detaillierten Handelsdaten. Nach Angaben der Zentralbank sind die Einfuhren im vergangenen Jahr um schätzungsweise 23,5 Prozent von 380 Milliarden Dollar (351 Milliarden Euro) im Jahr 2021 zurückgegangen. Der stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturow sagte im September voraus, dass der Wert der Paralleleinfuhren bis Ende 2022 mindestens 20 Milliarden Dollar erreichen werde.

[Ukraine-Krieg: Erfinderische Russen kontern Sanktionen mit eigenen Lieferketten \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

Ausweitung von Transportrestriktionen

Die Regierung der Russischen Föderation verlängerte vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2023 Transportrestriktionen für ausländische Straßenverkehrsunternehmen aus Ländern, die Sanktionen gegen Russland eingeführt haben

Die Liste der Güter, deren Transport nicht unter das Verbot fällt, wie es durch den Erlass der russischen Regierung Nr. 1728 vom 30. September 2022 festgelegt wurde, wurde gekürzt. für Waren, die von der Freistellungsliste gestrichen werden, ist nun ein Anhängertausch/Umladeverfahren erforderlich.

Es wurde außerdem festgelegt, dass die Verordnung in den folgenden Fällen der grenzüberschreitenden Beförderung nicht anwendbar ist:

1. Postsendungen
2. Diplomatenkoffer und Konsulatstasche
3. humanitäre Hilfe
4. Waren, die über die belarussisch-russische Grenze eingeführt werden
5. Güter in Anhängern und Sattelanhängern, die in ausländischen Staaten registriert sind und von in Russland oder Belarus registrierten Lastwagen gezogen werden

Der Anteil der russischen Transportunternehmen, die die Wechselbrücken-/Überladungsregelungen an der Grenze der Russischen Föderation mit den EU-Ländern nutzen, wird damit weiter steigen. Die Neuregelungen sind seit dem 10. Januar vollständig in Kraft.

[Russian Federation - Observatory on Border Crossings Status due to COVID-19 - UNECE Wiki](#)

Kontrolle ausländischer Investitionen in strategischen Sektoren verschärft

Russland hat die Kontrolle von ausländischen Investitionen in seine Wirtschaft verschärft. Am 29. Dezember 2022 unterschrieb Präsident Wladimir Putin eine Gesetzesänderung, die den Kreis der Geschäfte in strategisch wichtigen Sektoren der russischen Wirtschaft erweitert, die einer vorläufigen Genehmigung durch die Regierungskommission für ausländische Investitionen bedürfen. Eine Genehmigung ist nun notwendig, wenn ein Unternehmen, ein Staat oder eine internationale Organisation mehr als 25 Prozent der stimmberechtigten Anteile an einem für Russland strategisch wichtigen Unternehmen erwirbt.

Russische Firmen, die eine Monopolstellung innehaben bzw. der einzige inländische Anbieter von Produkten und Dienstleistungen sind, unterliegen ebenfalls dem Genehmigungsvorbehalt bei Investitionen.

Russen, die neben der russischen auch die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates besitzen, benötigen für solche Investitionen ebenfalls die Bewilligung. Eine weitere Gesetzesänderung betrifft ausländische Investitionen in Bioressourcen, wie den Fischfang. Hier ist jetzt eine Genehmigung erforderlich, wenn der ausländische Investor Rechte an mehr als 35 Prozent der gesetzlich zulässigen Fangmenge erwirbt. Welche Ressourcen konkret genehmigungsbedürftig sind, soll die Regierung gesondert festlegen.

[Федеральный закон от 29.12.2022 № 620-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

[Федеральный закон от 29.12.2022 № 644-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Ausweitung von Einreiseverboten gegen EU-Bürger und Briten

Das russische Außenministerium hat nach eigenen Angaben am 17. Januar weitere Sanktionen gegen Vertreter europäischer Institutionen und der EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Ihnen ist nun die Einreise nach Russland untersagt. Im Zentrum der neuen Maßnahmen steht die Führungsriege der Sicherheitsbehörden wie Verteidigungsministerien, die an der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der EU-Mission zur Bereitstellung militärischer Unterstützung für die Ukraine wirkt, beteiligte europäische Regierungen und Unternehmen, die Waffen und Ausrüstung produzieren und an Kiew liefern. Außerdem wurden etliche EU-Parlamentarier sowie EU-Bürger, die sich öffentlich gegen Russland äußern, gelistet. Namen wurden nicht genannt.

[Заявление МИД России об ответных мерах на девятый «пакет» санкций Евросоюза в отношении России - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Bereits am 12. Januar sollen etliche britische Politiker, Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, hochrangige Militärs und Journalisten mit Einreiseverboten belegt worden sein. Russland präsentierte keine ausführliche Namensliste. Im Falle Großbritanniens solle es sich insgesamt um 36 Personen handeln, unter ihnen James Cleverley, Außenminister des Vereinigten Königreichs.

[Ответ официального представителя МИД России М.В.Захаровой на вопрос издания «Лента.ру» о включении в российский «стоп-лист» представителей Великобритании - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Zeit-Online:

Wladimir Putin will Verträge mit dem Europarat kündigen

Der russische Präsident will die Zusammenarbeit mit dem Europarat beenden, dies berichtet Zeit-Online. Auch Vereinbarungen über Menschenrechte müssten dann nicht mehr beachtet werden. Putin will die Kündigung von Verträgen mit dem Europarat gesetzlich festschreiben lassen. Das betrifft etwa die Europäische Menschenrechtskonvention, das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus und die Europäische Sozialcharta. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, den Putin ins Parlament einbrachte. Die Verabschiedung gilt als Formsache.

Bereits in der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass der russische Präsident auch die Kündigung von Russlands Beteiligung am Strafrechtsübereinkommen des Europarats zur Korruptionsbekämpfung gesetzlich regeln will. Russland wurde schon vor Monaten wegen seines Angriffskriegs gegen die Ukraine aus dem Europarat ausgeschlossen. Dadurch ist das flächenmäßig größte Land der Erde auch kein Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr, für deren Einhaltung der Gerichtshof sorgt. Dennoch laufen am Gerichtshof für Menschenrechte noch mehrere Tausend Klagen gegen die russische Regierung. Sie wurden alle vor dem formellen Ausschluss Russlands eingereicht und müssen deswegen vom Gericht geprüft werden. Der Konvention zufolge ist Russland vertraglich gebunden, die Urteile umzusetzen. Die russische Regierung hat bereits angekündigt, sich daran nicht zu halten.

[Russland: Wladimir Putin will Verträge mit dem Europarat kündigen | ZEIT ONLINE](#)

Russische Enklave: Lebensmittelschmuggel nach Kaliningrad floriert weiter

Polnischen Medienberichten zufolge blüht der Lebensmittelschmuggel zwischen Polen und Kaliningrad, da die russischen Bürger zunehmend frustriert sind, weil sie aufgrund der Sanktionen keinen Zugang zu westlichen Produkten haben. Während ein Großteil der Schmuggelware anscheinend ohne Probleme durchkommt, haben einige Verhaftungen in letzter Zeit für Verärgerung gesorgt. Russen aus Kaliningrad äußerten sich auf Telegram über die Verfolgung von Schmugglern. „Es gibt Sanktionen und man kann nicht einmal schmuggeln“, beschwerte sich eine Person. „Sie verfolgen die Menschen, warum geben sie uns nicht stattdessen qualitativ hochwertige und billigere Lebensmittel?“, fragte sich ein anderer.

Mitte Januar erwischten die russischen Pflanzenschutzbehörden einen Mann, der 20 Kilogramm polnische Wurst nach Kaliningrad schmuggeln wollte, wie Wirtualna Polska berichtet. Das Phänomen des Lebensmittelschmuggels nach Kaliningrad könnte wohl ein viel größeres Ausmaß haben, als zunächst angenommen. Eine Frau aus Kaliningrad sagte auf Telegram, sie habe in der Stadt viele Autos „mit weit mehr als 20 kg“ geschmuggelter Produkte gesehen, die niemand beschlagnahmt habe. Sie nannte eine Zollabfertigung an der Grenze „ein Hirngespinst.“

[Russische Enklave: Lebensmittelschmuggel nach Kaliningrad floriert weiter – EURACTIV.de](#)

Handelsblatt:

Russland will Finanzsanktionen mit Kryptowährungen aushebeln

Die russische Staatsduma will nach einem Bericht des Handelsblatts das sogenannte Mining, also das Schaffen von Kryptowährungen, sowie den Verkauf solcher neu erschaffener Kryptowerte – mit Einschränkungen – legalisieren. Das dazugehörige Gesetz soll nach Angaben aus der Duma bis spätestens Februar verabschiedet werden, berichtete dazu die russische Tageszeitung „Iswestija“.

Kryptowährungen sollen laut Anatoly Aksakov, Vorsitzender des Finanzmarktausschusses der Duma, vorrangig dazu genutzt werden, Einfuhren aus Drittländern ohne Zustimmung des Herstellers (Parallelimporte) und sonstige Warenlieferungen nach Russland abzuwickeln: Viele Waren kann Russland nicht mehr direkt importieren, internationale Geldströme fließen wegen westlicher Sanktionen nur noch eingeschränkt. Transaktionen mit Kryptowährungen sind hingegen schwerer zu überwachen. Sie werden nicht über herkömmliche Banken abgewickelt, ein international gültiges Regelwerk gibt es nicht. Um die Vorgänge technisch zu begleiten, ist nun die Schaffung einer nationalen Kryptobörse im Gespräch, möglicherweise angeknüpft an die Moskauer Börse. Zudem will Russland auch die Entwicklung des sogenannten digitalen Rubels vorantreiben. Anders als herkömmliche Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ether wird digitales Zentralbankgeld von staatlicher Seite ausgegeben und zentral verwaltet. Der Staat bestimmt dabei die Nutzungsregeln. Als Pionier des Ansatzes gilt China, das den digitalen Yuan bereits testet. Auch die EU prüft derzeit verschiedene Ansätze für einen digitalen Euro. Am Montag veröffentlichte Aksakov ein Statement via Telegram, demzufolge die Zentralbank plant, im ersten Quartal 2023 mit der Entwicklung eines „grenzüberschreitenden Abwicklungsmodells unter Verwendung des digitalen Rubels“ zu beginnen.

Professor Philipp Sandner, der das Blockchain Center an der Frankfurt School of Finance and Management leitet, beobachtet Russlands Entwicklung auf diesem Gebiet. Für ihn ist die Wendung logisch. „Es ist in keiner Weise überraschend, dass Russland beginnt, den Weg für die Nutzung von Kryptowährungen auf internationaler Ebene freizumachen“, sagt er. Im internationalen Handel mit Kryptowährungen zu bezahlen ergibt Sandner zufolge „natürlich auch auf staatlicher Ebene Sinn“.

Doch um das umzusetzen, braucht es Partner, die die Zahlungen akzeptieren. Verschiedene Medien berichten, dass Russland und Kuba eine Kooperation eingehen könnten, bei der die beiden Staaten Zahlungen in Rubel und Kryptowährungen abwickeln könnten. Experten der Österreichischen Nationalbank schreiben zudem, dass beispielsweise Nordkorea und Iran die Kryptowirtschaft bereits erfolgreich nutzen, um ihre finanzielle Situation im Kontext anhaltender Sanktionen „deutlich zu verbessern“.

Die Erfolgsaussichten für das großflächige Umgehen von Sanktionen mithilfe von Kryptowährungen halten Experten laut Handelsblatt aber für begrenzt. So kommt beispielsweise das Forschungsteam der Österreichischen Nationalbank vor allem angesichts der geringen Liquidität des Marktes zu dem Schluss, dass die Kryptobranche Regierungen oder Oligarchen derzeit „kein ausreichendes Potenzial“ bietet, um Sanktionen in großem Umfang zu umgehen. Dennoch sollte die EU ihren Blick auf die Nutzung von Kryptowährungen im internationalen Raum schärfen, findet beispielsweise

Professor Sandner. Er betont zudem die politische Relevanz von Bitcoin und Co. „Vonseiten der EU werden Kryptowährungen meist aus der Verbraucherschutz-Perspektive betrachtet“, beobachtet Sandner. Doch die geopolitische Relevanz von Kryptowährungen hätten die Regierungen innerhalb der EU „noch nicht im Ansatz begriffen“.

Im Juni vergangenen Jahres wurde bekannt, dass das russische Staatsunternehmen Rostec eine Blockchain-Plattform namens CELLS erarbeitet, die als Ersatz für Swift dienen soll.

5. USA

Sanktionen gegen Forschungseinrichtungen und Schiffsbaukonzerne

Die USA haben zuletzt am 22. Dezember 2022 zehn neue russische Unternehmen auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Betroffen sind der Konzern Morinformsystem-Agat, das Prometheus-Forschungsinstitut, die Lithium-Ionen-Akkufabrik Rigel, das Schiffbauinstitut Sudmash, der Forschungs- und Produktionsverbund Aurora, die Unternehmen Elektropribor, Obukhovskoye und Maritime Navigationssysteme sowie das Schirshov-Institut für Ozeanologie und Technopole.

Einige der sanktionierten Unternehmen haben zuvor über ihre Beteiligung an der Entwicklung von Kampf- und Navigationssystemen für Schiffe und U-Boote berichtet. Die Sanktionierungen bedeutet, dass sämtliche Vermögenswerte blockiert und US-Amerikanern geschäftliche Tätigkeiten mit den gelisteten Firmen verboten sind.

[Russia-related Designations | U.S. Department of the Treasury](#)

Neue Ausnahmegenehmigung für Medizingüter und Lebensmittel

Das US-Finanzministerium hat am 17. Januar weitere Sanktionsausnahmen für medizinische und landwirtschaftliche Produkte eingeräumt. Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) gestattet mit der neuen Genehmigung General Licence Nr. 6 C Geschäfte mit Bezug zu Russland im Zusammenhang mit der Produktion, dem Verkauf, dem Transport oder der Bereitstellung von landwirtschaftlichen Gütern, landwirtschaftlichem Gerät, Medikamenten, medizinischen Geräten, deren Komponenten oder Software-Updates für diese. 6C ersetzt die am 14. Juli ausgestellte General Licence 6B.

Die Ausnahmen gelten für:

- Lebensmittel für Menschen (einschließlich rohe, verarbeitete und verpackte Lebensmittel, lebende Tiere, Vitamine und Mineralstoffe, Nahrungsergänzungsmittel)
- Saatgut für Nahrungspflanzen
- Düngemittel, auch organische, sowie befruchtete Fischeier oder Embryonen tierischen Ursprungs
- Medizinprodukte und Mittel zur Vorbeugung, Diagnose und Behandlung von COVID-19

[russia_gl6c.pdf \(treasury.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Ukraine

Listung weiterer russischer und belarussischer Staatsbürger

Am 15. Januar 2023 unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyy ein Dekret zur Verhängung von Sanktionen gegen 198 russische, ukrainische und belarussische Bürger wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der russischen Aggression gegen die Ukraine. Für die genannten Personen gelten eine Reihe persönlicher Beschränkungen, darunter das Einfrieren von Vermögenswerten, Beschränkungen für den Kapitalabzug aus der Ukraine, Reiseverbote und die Annullierung von Visa, Handelsbeschränkungen und die Aussetzung der Erfüllung wirtschaftlicher und finanzieller Verpflichtungen. Zuvor war am Donnerstag (12. Januar) bereits die in Lettland ansässige Royal Pay Europe sanktioniert worden.

[Everyone will be held to account for terror: both those who kill and those who help to kill - address by the President of Ukraine — Official website of the President of Ukraine](#)

7. Blick über den Tellerrand

EU weitet Iran-Sanktionen aus – schont aber die Revolutionsgarden

Bei einem Treffen am heutigen Montag in Brüssel billigten die Außenministerinnen und Außenminister der 27 EU-Länder wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen ein viertes Sanktionspaket gegen Iran. Dadurch werden etwaige Vermögenswerte von weiteren gut drei Dutzend Individuen und Organisationen in der EU eingefroren, die betroffenen Personen dürfen nicht mehr in die Union einreisen. Einige der nun sanktionierten Regimevertreter sind ranghoch - etwa der Minister für Jugend und Sport oder der Anführer der sogenannten Sittenpolizei.

Die EU hat einzelne Kommandeure der Revolutionsgarden sanktioniert. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell stellte vor dem Treffen jedoch klar, dass die Union im Gegensatz zu den USA nicht in der Lage sei, die Revolutionsgarden als Gesamtorganisation zu einer Terrororganisation zu erklären, obwohl sie maßgeblich für die Gewalt gegen Demonstranten verantwortlich ist. Diesen Schritt hatten unter anderem Deutschland und Frankreich gefordert. Das EU-Parlament hatte vorige Woche in einer Resolution ebenfalls verlangt, die Revolutionsgarden auf die Terrorliste zu setzen.

Borrell zufolge fehle dafür aber eine juristische Voraussetzung: Zu einer Terrororganisation könne die EU nur Gruppierungen erklären, die in einem Mitgliedsstaat von einem Gericht wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt worden sei oder gegen die aus diesem Grund offiziell ermittelt werde.

Die juristischen Probleme sind allerdings wohl nur ein Grund, warum Brüssel zögert, die Revolutionsgarden pauschal zu Terroristen zu erklären. Europäische Diplomaten lassen in Gesprächen auch immer wieder durchblicken, dass sie die Hoffnung nicht aufgegeben haben, doch noch irgendwann das Atomabkommen mit Teheran wiederbeleben zu können.

[Iran: EU billigt viertes Sanktionspaket - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

8. Termine

24. Januar: Webinar der AHK Belarus zu belarussischen Gegensanktionen

Am 24. Januar 2023 findet ein Webinar zu den belarussischen Sanktionen gegen die EU statt. Es wird durch die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus mit fachlicher Unterstützung der Rechtsanwaltskanzlei Arzinger Law Offices organisiert.

Im Rahmen der Veranstaltung werden die aktuellen Verbots- und Restriktionsmaßnahmen der Republik Belarus sowie Anpassung der Geschäftstätigkeit an die geltenden Sanktionsbeschränkungen behandelt.

[Webinar "Gegenmaßnahmen von Belarus: Beschränkungen des Warenverkehrs, Legalisierung von Parallelimporten, Preisbildung und andere wichtige Aspekte der sanktionsbedingten Anpassung" \(ahk.de\)](#)

31. Januar: „Direct investments in Ukraine for German companies“, 14:00-16:00 Uhr, Online

Unter der Überschrift „Direct investments in Ukraine for German companies“ laden die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), die Deutsche Auslandshandelskammer (AHK) Ukraine, die European Business Association und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am 31. Januar ab 14 Uhr zu einer Online-Diskussion darüber ein, wie eine Absicherung gesteuert werden könnte.

An den Gesprächen beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie der von der Bundesregierung mit dem Management von Investitions Garantien beauftragten Unternehmensberatung PwC.

PwC informiert zudem in einem Vortrag zu "Investment guarantees" über die Grundlagen des Verfahrens, das Investoren vor unkalkulierbaren politischen Risiken im Ausland schützen soll.

Zur Anmeldung:

<https://event.dihk.de/globalbusinessforukraine>

31. Januar 2023: Tag der kasachischen Wirtschaft in München

Kasachstan ist Deutschlands führender Wirtschaftspartner in Zentralasien. So entfielen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres knapp 85 Prozent des gesamten deutschen Handels mit den zentralasiatischen Staaten auf Kasachstan. Mit keinem anderen Bundesland ist die Kooperation so intensiv wie mit dem Freistaat Bayern. Zahlreiche bayerische Unternehmen sind in Kasachstan aktiv, das Land gehört zu den Top 10 der Importländer des Freistaats.

Um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kasachstan und dem Freistaat Bayern noch weiter zu vertiefen, findet am 31. Januar 2023, 10.00 - 13.00 Uhr, im Hotel Sofitel München, Bayerstraße 12, 80335 München ein Tag der kasachischen Wirtschaft statt. Themenschwerpunkte sind der Maschinen- und Anlagenbau, Hochtechnologie und Landwirtschaft. Aus Kasachstan wird eine hochrangige politische und wirtschaftliche Delegation erwartet.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Tag der kasachischen Wirtschaft | München | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Für weitere Fragen und Informationen stehen Ihnen der Generalkonsul der Republik Kasachstan in München Dr. Denis Rogov (Tel.: 089/909 010 60, E-Mail: d.rogov@mfa.kz), der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaftsrat Dauren Akberdiyev (Tel.: 030 47 007 133, E-Mail: d.akberdiyev@mfa.kz), und der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de zur Verfügung.

9. Tipps & Links

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche informiert mit **einem Ukraine-Tracker** über aktuelle wirtschaftsrelevante Nachrichten aus dem Land:

[Project in Focus \(wiiw.ac.at\)](http://wiiw.ac.at)

Die Berliner Charité bietet eine psychologische **Notfallhilfe für Geflüchtete** aus der Ukraine an. Weitere Informationen: [Help for Ukraine - Charité – Universitätsmedizin Berlin \(charite.de\)](http://charite.de)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss